Ausgabe für Groß Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennige = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag
22. November 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr 107 941 Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug f. d. Woche bis zum 24. November 1,60 Goldmark.

Bank Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark e 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

22. 11 m Nr. 542 100 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

MOTORRADHAUS CENTRUM · BERLIN SW.68 Kochstr. 73 Moll. 8508

Einigung in der Botschafterkonferenz

Die Notentexte in der Kronprinzen- und Kontrollfrage genehmigt.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Noch bis heute nachmittag 4 Uhr bestanden Zweifel darüber, ob die siebenmal vertagte Sitzung der Botschafterkonferenz noch stattfinden würde oder nicht. Genaue Nachrichten waren darüber nicht zu erhalten. Man sprach allgemein von Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris. London wolle sich angeblich nur zu „Maßregeln", Paris aber gleich zu „Sanktionen" verstehen. Gleichzeitig aber, so hieß es weiter, wollte London einer Sonderaktion Frankreichs auch für die Zukunft vorbeugen. Tatsächlich trafen dann nachmittags 3 Uhr die langerwarteten Instruktionen für Lord Crewe endlich ein, und die Botschafter konnten zur letzten entscheidenden Sitzung kurz vor 6 Uhr zusammentreten. Die Sitzung dauerte bis 6,50 Uhr und endete **mit der erwarteten vollständigen Einigung über die Texte der beiden an Deutschland in der Kronprinzen- und Kontrollfrage zu richtenden Noten**, deren Wortlaut noch im Laufe des heutigen Tages amtlich veröffentlicht werden wird.

Die Grundlinien der Verständigung.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Havas glaubt mitteilen zu können, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Bedingungen erzielt wurde, die am Montag nacht veröffentlicht wurden. Die militärische Kontrolle in Deutschland solle unverzüglich wieder aufgenommen werden. Die angeführte Havas-Meldung vom Montag besagt, die Konferenz werde sich nicht darauf beschränken, von Deutschland wie in ihren früheren Noten eine Erleichterung für die militärische Kontrolle zu erlangen. Sie werde ihm diesmal notifizieren, daß die Ausübung des Kontrollrechts einfach in einem sehr nahen Zeitpunkt wiederaufgenommen werde, gleichviel welcher Ansicht die deutschen Behörden seien. Die Kontrollkommission würde unter eigener Verantwortung selbst bestimmen, **unter welchen Bedingungen und in welchen Landesteilen sie ihre Mission auszuüben gedenke.** Wenn ihr Hindernisse in den Weg gelegt würden, hätte die Kommission die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfange die deutsche Regierung dafür verantwortlich sei. Dann könnten sich die Alliierten, wenn Anlaß dazu gegeben sei, über die notwendigen Maßregeln für den Fall systematischer Obstruktion von seiten Deutschlands verständigen. Was den deutschen Kronprinzen betreffe, so werde Bezug genommen auf den Thronverzicht, den er am 4. Dezember 1918 ausgesprochen habe, und auf die Erklärung, daß er als gewöhnlicher Bürger nach Deutschland zurückgekehrt sei. Die deutsche Regierung müsse also darüber wachen, daß er sein Versprechen halte und an keiner monarchistischen Agitation sich beteilige.

Französische Auslegungskunst.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Der „Matin" veröffentlicht eine wohl als offiziös zu betrachtende Auslassung über das im April 1920 nach der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt vom damaligen Ministerpräsidenten Millerand abgegebene Versprechen, künftig in allen interalliierten Angelegenheiten gemeinsam mit den Alliierten vorzugehen. Dieses Versprechen der französischen Regierung hat bekanntlich bei den Einwendungen Englands gegen die französischen Forderungen in der Botschafterkonferenz eine Rolle gespielt. „Matin" behauptet, Millerand habe keineswegs Verpflichtungen übernommen, die ein isoliertes Vorgehen Frankreichs in allen Fällen behindern könnten. Wenn es notwendig sei, eine Angelegenheit wie die Militärkontrolle in Deutschland im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln, so liege der Grund darin, daß der Friedensvertrag diese Militärkontrolle zu einer interalliierten Einrichtung gestaltet habe, nicht aber in angeblichen Verpflichtungen der Regierung Millerand. Als es sich hingegen darum handelte, im Anschluß an die von der Reparationskommission gebührend festgestellte Verfehlung Deutschlands Pfänder im Ruhrgebiet in Beschlag zu nehmen, hätte § 18 Anhang 2 Abschn. 8 des Friedensvertrages Frankreich ermächtigt, auf die allgemeine Zustimmung zu verzichten.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, ist es möglich, daß Poincaré in der Kammer eine Auslegung der von Millerand im April 1920 England gegenüber übernommenen Verpflichtungen geben wird.

Amerika hat die Geduld verloren.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Wie „New York Herald" aus Washington meldet, wird der Vorschlag des Senators Smoot, an Frankreich zwecks Regelung seiner Kriegsschuld bei den Vereinigten Staaten heranzutreten, von der amerikanischen Schuldenfundierungskommission in nächster Zeit angenommen werden. Es werde Mitte Dezember in höflicher, aber fester Sprache eine entsprechende Aufforderung an die Schuldnerländer ergehen. Staatssekretär Hughes habe den Forderungen des Senators Smoot lange Zeit Widerstand geleistet in der Hoffnung, Frankreich würde vielleicht dem Plan zur Regelung der Reparationsfrage zustimmen. Seit aber der Vorschlag von Hughes selbst, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch einen Sachverständigenausschuß abschätzen zu lassen, in sich zusammengefallen sei, mache der Staatssekretär keinerlei Hehl mehr daraus, daß er mit den Absichten Smoots einverstanden sei. Die französische Schuld bei den Vereinigten Staaten belaufe sich mit den rückständigen Zinsen auf etwa 3 Milliarden 850 Millionen Dollar, die nach heutigem Kurse rund 70 Milliarden 300 Millionen Francs darstellten.

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 28 Billionen Mark.

Wie Frankreich die Separatisten unterstützt.

Deutsche Protestnote.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, von Hoesch, hat dieser Tage der französischen Regierung folgende weitere Protestnote gegen die Unterstützung der Separatisten in der Pfalz durch die Franzosen übergeben:

„Herr Ministerpräsident!

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 10. November d. J. beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Euerer Exzellenz folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Am 5. November und den folgenden Tagen sind in der bayerischen Rheinpfalz in einer Reihe von Städten, darunter Kaiserslautern, Landau, Kirchheimbolanden, Neustadt a. Haardt, öffentliche Gebäude durch von auswärts zugezogene bewaffnete Separatistenbanden besetzt worden. Auch bei diesem neuen aufrührerischen Vorgehen haben die Separatisten bei den französischen Besatzungsbehörden aktive Unterstützung gefunden.

In Speyer durchsuchten in der Nacht vom 3. zum 4. November französische Gendarmen das Postamt und verhafteten die wachhabenden Postbeamten. Im Regierungsgebäude daselbst verlangten die französischen Behörden die Beseitigung der dort getroffenen Schutzmaßregeln.

In der Nacht vom 1. zum 2. November haben französische Organe den deutschen Selbstschutz im Bezirksamt Ludwigshafen aus und verhafteten ihn.

In Kaiserslautern verbot der Delegierte Lesur ausdrücklich das Einschreiten der deutschen Polizei gegen die Separatisten. Die Polizei wurde dem französischen Kommando unterstellt. Sie räumte das Rathaus, nachdem ihr der Delegierte die Entwaffnung der Separatisten innerhalb von zwei Stunden ausdrücklich zugesagt hatte.

Diese Zusage wurde trotz wiederholter Vorstellungen nicht gehalten. Auf öffentlichen Gebäuden in Kaiserslautern weht neben der Fahne der Separatisten die französische Trikolore. Bereits am 31. Oktober umstellten französische Truppen das Gebäude der Handwerkerkammer in Kaiserslautern, in dem Freiwillige zur Abwehr in Bereitschaft lagen. Allen Freiwilligen wurden die Identitätskarten abgenommen; sie mußten sich am 3. November beim Delegierten melden, wurden dort verhaftet und mit Lastkraftwagen abbefördert.

In Kirchheimbolanden wurden die deutschen Gendarmeriebeamten zum französischen Bezirksdelegierten befohlen und von diesem in seinem Amtszimmer dem dort anwesenden Separatistenführer übergeben, der sie entwaffnen und verhaften ließ. Sie wurden erst abends aus der Haft entlassen, nachdem sie dem Delegierten die Zusicherung gegeben hatten, daß sie gegen die Separatisten nichts unternehmen würden. Dem deutschen Postvorsteher in Kirchheimbolanden gegenüber gab der französische Delegierte die Erklärung ab:

„Wir Franzosen erkennen die neue Regierung der Pfalz an. Sie haben deshalb die Anordnungen der neuen Regierung ebenso zu befolgen wie die unsrigen."

Der Aufmarsch der Separatisten, die mit Gummiknüppeln, Revolvern und zum Teil mit Gewehren bewaffnet sind, in militärischen Formationen wird von den französischen Behörden ebensowenig behindert wie die Vornahme von Requisitionen.

Die Deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstützung der Separatistenbanden durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Bekämpfung der aufrührerischen Elemente erneut nachdrücklich Verwahrung ein. Sie wiederholt die Forderung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, den völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen der Besatzungsmächte gemäß zu handeln.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Hoesch."

Ludwighafens „Besetzung" angekündigt.

Mannheim, 21. 11. (W. T. B.) **Seitens der Separatisten wurde dem Besetzungsamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die „Besetzung" der Stadt durch die Separatisten erfolgen solle. In Pirmasens sind Spahis eingetroffen, wahrscheinlich als Vorboten der demnächst ankommenden Separatisten. Bis jetzt ist die Lage in Pirmasens ruhig.**

Gesindelfrechheit.

ht. **Schwanheim** b. Frankfurt, 20. 11. (Eigenbericht.) An den Straßenecken Schwanheims prangte dieser Tage folgendes Plakat:

„Die Rheinische Republik, Division Nassau."

„Da am 16. Nov., mittags 12 Uhr, ein Mitglied der rheinischen Bewegung, namens Peter Bohn, wohnhaft Schwanheim, Barowssenstraße 36, in Frankfurt a. M. von der preußischen Behörde verhaftet wurde, weil er Mitglied der rheinischen Bewegung ist, ergreife ich hiermit folgende Gegenmaßnahmen: Es sind sofort in Gewahrsam zu bringen und solange festzuhalten, bis Herr Bohn aus Frankfurt zurück ist: 1. Herr Gemeinderat Keller, 2. Herr Gemeindevertreter Eskuche. Verfügt: gez. Seelbach, Oberstkommandierender der Devision Nassau."

Die Separatisten bewegen sich völlig frei und ohne jegliche Einschränkung seitens der französischen Besatzung. Sie unternahmen z. B. in voller Waffenausrüstung Felddienstübungen und stellten sich mit vorgehaltenem Revolver den deutschen Polizeibeamten entgegen. Diese sind infolge eines Schießverbots des Kreisdelegierten dem Sonderbündlerischen Gesindel gegenüber machtlos.

Kampf um das Rathaus in Bodendorf

Paris, 21. 11. Meldungen aus Koblenz zufolge haben in Bodendorf 50 Gegner der separatistischen Bewegung das Rathaus zurückerobert und die „rheinische" Fahne entfernt. Separatisten, die aus Kreuznach eintrafen, vertrieben die Antiseparatisten. Im ganzen sind **zwei Tote und neun Verwundete** zu verzeichnen.

Belgien und die rheinischen Volksverräter.

„Niemals wohlwollende Neutralität angeordnet."

Brüssel, 21. 11. (W. T. B.)

In seiner gestrigen Kammerrede, über die bereits berichtet wurde, machte Außenminister Jaspar noch folgende bemerkenswerte Ausführungen: Die Regierung hat **niemals wohlwollende Neutralität gegenüber den Sonderbündlern** angeordnet. Weder die belgische Regierung noch der Vertreter Belgiens in Aachen haben den Anweisungen einer fremden Regierung oder ihrer Vertreter Folge geleistet.

Dann sprach der Minister noch über die Ernennung von Sachverständigen und über die englisch-amerikanisch-französischen Verhandlungen, wobei er auf die dauernden Bemühungen Belgiens zur Aufrechterhaltung der westeuropäischen Entente hinwies. Hinsichtlich der Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands sagte er, sie müsse und werde aufrechterhalten werden. Wenn die Reparationsfrage nicht Gegenstand eines Vergleichs für Belgien sein könne, so könne die Sicherheit des Landes ebensowenig Gegenstand eines Vergleichs oder eines Zugeständnisses sein. Zu dem Leipziger Zwischenfall bemerkte Jaspar, er werde gegebenenfalls strenge „Sanktionen" verlangen. Hinsichtlich der Angelegenheit Graff habe Belgien dem Deutschen Reiche mitgeteilt, daß Belgien, wenn die geschuldete Summe nicht bis zum 25. November bezahlt sei, sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde. Die entsprechenden Befehle seien gegeben und würden ausgeführt werden.

Kriegslasten- und Reparationskommission.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Die Kriegslastenkommission hat der Reparationskommission heute eine Note überreicht, in der sie Mitteilung macht von dem augenblicklichen Stand der Arbeitswiederaufnahme im besetzten Gebiet sowie von dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Bergbauverein und der Micum.

Pétains Aufgabe in Düsseldorf.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Die Aufgabe des Marschalls Pétain, der, wie bereits gemeldet wurde, nach Düsseldorf entsandt worden ist, besteht, wie „Echo de Paris" mitteilt, darin, sich von dem Zustand der französischen Truppen und über „diejenigen Maßregeln, die bereits ergriffen worden sind, um jeder Möglichkeit vorzubeugen", ein Bild zu machen.

Zusammenbrechen des französischen Bergarbeiterstreiks.

Sd. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der französische Bergarbeiterstreik bricht immer mehr zusammen. In Lille erfolgte die fast restlose Wiederaufnahme der Arbeit. Gestreikt wird augenblicklich noch im Loire-Gebiet. Aus St. Etienne wird gemeldet, daß dort noch etwa 3000 streikende Bergarbeiter zu verzeichnen sind. In den anderen Gebieten, hauptsächlich in denen von Allier und von Gard brach der Streik fast völlig zusammen.

Der Inhalt des Fiumeabkommens.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der „Temps" meldet aus Belgrad, daß das Fiume-Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien auf folgender Grundlage erzielt worden sei: Die italienische Regierung billigt Jugoslawien den kleinen Hafen von Della und einige Teile von Port Baros zu. Diese Konzession wird auf 99 Jahre Jugoslawien überlassen. Italien verpflichtet sich außerdem, im Hafen von Fiume Jugoslawien eine Freizone einzuräumen. Jugoslawien erkennt dafür den gegenwärtigen Zustand in Fiume an, oder mit andern Worten: es erkennt an, daß Fiume unter italienische Verwaltung kommt.

*

Paris, 20. 11. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Fiume ist dort eine italienische Militärkontrollkommission überfallen und ausgeplündert worden. Zwei der Kommission angehörende italienische Offiziere wurden verwundet.

Wahlsieg der bulgarischen Regierungskoalition.

Sofia, 21. 11. (W. T. B.) Nach den endgültigen Ergebnissen der Parlamentswahlen erhielten die Regierungskoalition 201, die Nationalliberalen 7 Mandate. Auf die gemeinsame Liste der Agrarier und Kommunisten entfielen 39 Mandate. Die neue Kammer dürfte Anfang Dezember einberufen werden.

Blutige Zwischenfälle beim türkischen Eisenbahnerstreik.

Konstantinopel, 21. 11. Der Eisenbahnerstreik hat eine ernste Wendung genommen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Truppen. In Koukeli-Bourgas haben die Streikenden die Geleise aufgerissen, und der Verkehr mußte auf der ganzen Linie eingestellt werden.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der Simplon-Orientexpreß ist nach einer Konstantinopeler Meldung des „Temps" bei Adrianopel angehalten worden, weil die streikenden Eisenbahnarbeiter die Arda-Brücke zerstört haben sollen. Im Laufe des Dienstags ist kein einziger Zug von Adrianopel abgelassen worden.

Worowskis Ermordung und die Schweiz.

Basel, 21. 11. (T. U.) Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, den Mitangeklagten im Conradiprozeß, Polonin, der russischer Staatsangehöriger ist, aus dem Gebiet der Schweiz auszuweisen. Sollte kein Land ihm die Erlaubnis erteilen, sich auf seinen Boden niederzulassen, so soll er in der Schweiz interniert werden.

Seipels Regierungsprogramm.

Der Zug nach rechts. — Föderative Innenpolitik. — Notwendigkeit des Bestehens des österreichischen Staates

Wien, 21. 11. (W. T. B.)

Der neugewählte Nationalrat hat gestern seine konstituierende Sitzung abgehalten. Zu Präsidenten wurden der Christlich-Soziale Niklas, der Sozialdemokrat Eldersch und der Großdeutsche Dinghofer gewählt.

Nach der Konstituierung des Hauses machte der Präsident Mitteilung von der formellen Demission der Regierung, die nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung dem Vorschlag des Hauptausschusses entsprechend mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Abgeordneten gegen die der Sozialdemokraten wiedergewählt wurde. Die Erklärung des Bundeskanzlers Seipel, daß die Regierung die Wahl annehme, wurde von den Mehrheitsparteien mit stürmischen Hochrufen aufgenommen.

Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ergreift Bundeskanzler Dr. Seipel das Wort zur

Entwicklung des Regierungsprogramms.

Er erklärte u. a.: Unsere Freiheit ist größer, als sie noch vor einem Jahre war. (Zustimmung rechts.) Heute suchen andere Staaten, die damals für gesicherter und glücklicher galten als wir, inzwischen aber in größere Not geraten sind, denselben Weg zu gehen, den wir gegangen sind. Wir wünschen diesen Staaten, die das Schicksal, das wir seitdem erlebten, nicht schreckt, sondern lockt, um so mehr Erfolg, als sie uns national, geschichtlich und geographisch nahestehen. Wir danken Gott, daß wir den anderen um ein Jahr voraus sind. (Zustimmung.) Ein Zeichen unserer Konsolidierung ist es, daß solche Leute, die früher, sei es in staatsrechtlichen oder in anderen Beziehungen einen anderen Standpunkt eingenommen haben, in das konservative Lager eingezogen sind. Dies bedeutet also auch eine Stärkung unserer Demokratie. Ein weiteres Zeichen der Konsolidierung ist auch, daß die österreichischen Bundesländer fester zusammenhalten denn je. Die Länder werden dem Bunde um so treuer sein, je gewissenhafter wir ihre Rechte anerkennen und je mehr wir selbst uns zum föderalistischen Gedanken bekennen.

Der Bürgerkrieg, in den, wie viele fürchten, das Deutsche Reich oder einige seiner Teile zu sinken droht, dessen Gott sei Dank rasch ersticktes Aufflammen wir in der nächsten Nachbarschaft mit erlebten, wird, nach dieser ersten Probe zu urteilen, nicht zu uns herüberschlagen. Daß kein Versuch, Oesterreich in den

bayerischen Putsch

hineinzuziehen, gemacht wurde, daß alle in dieser Hinsicht gehegten Befürchtungen sich als gegenstandslos erwiesen, ist auch ein Zeichen, wie sehr Einsicht, Ruhe und Selbstbeherrschung bei uns wieder eingekehrt sind.

Der Weg zur Sanierung unseres Staatshaushalts, den wir eingeschlagen haben, muß bis zum erfolgreichen Ende gegangen werden. Hiervon wird unsere ganze Politik mitbestimmt sein. Einen integrierenden Bestandteil unseres Wiederaufbaus bildet unsere Außenpolitik. Zwei grundlegende Erkenntnisse haben wir dem Auslande zu vermitteln und dann immer mehr zu vertiefen, daß wir eine nach allen Seiten hin loyale und durchaus friedliche Politik zu machen wünschen und daß die Erhaltung Oesterreichs eine Notwendigkeit für den europäischen Frieden ist.

Leider wird es uns durchaus nicht immer leicht gemacht, jenen, die uns als Staat sicher wohlwollen und dies auch praktisch betätigt haben, stets ein zufriedenes Gesicht zu zeigen. Beim Friedensschluß wurden fast auf allen Seiten die Grenzen unseres Staates durch das lebendige Fleisch unseres Volkes gezogen. Daß das österreichische Volk die Klagen seiner Blutsverwandten im Deutschen Reich und in Italien nicht hört oder darauf nicht einmal in Wort und Schrift antwortet, das kann man füglich nicht erwarten.

Die Sozialdemokraten brachten darauf den bereits gemeldeten Antrag ein, daß die Republik Oesterreich 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden in Deutschland dem Reichspräsidenten Ebert zur Verfügung stelle. In der Begründung des Antrags wird auf das Gefühl innigsten Verbundenseins der Deutschen Oesterreichs mit den Brüdern im Reich und auf deren wertvolle Hilfe, die sie in schwerster Zeit der jungen Republik Deutsch-Oesterreich gewährten, verwiesen.

Rußlands ablehnende Stellung zum Völkerbund.

Moskau, 21. 11. (W. T. B.) Am 11. 11. richtete der Vorsitzende des Rates des Völkerbundes Ishii ein Telegramm an Tschitscherin, worin er der Sowjetregierung vorschlägt, Vertreter zur Internationalen Verkehrs- und Transitkonferenz in Genf am 15. November zu delegieren. In seinem Antworttelegramm erinnert Tschitscherin daran, daß die Sowjetdelegation auf der Pariser Tagung des Internationalen Eisenbahnbundes eine negative Einstellung der Sowjetregierung zur Kontrolle und Leitung seitens des Völkerbundes in Angelegenheiten des internationalen Verkehrs bekannt gab, da der Völkerbund ein politisches Organ, das die Völkergleichheit nicht wahrt, und ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Koalition der Großmächte darstellt. Die Sowjetdelegation erklärte ebenfalls, der Entwurf der Internationalen Eisenbahnkonvention setze die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages voraus, was nach wie vor für die Sowjetregierung unannehmbar sei. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt wäre es für die Sowjetregierung unmöglich, Vertreter zu einer am 15. 11. stattfindenden Konferenz auf Grund einer am 11. 11. erhaltenen Einladung zu entsenden. Die Sowjetregierung könne aus diesem Grunde die Einladung des Völkerbundes nicht annehmen.

Vor der Entscheidung

Gerüchte, aber kein Plan.

Reichskanzler Dr. Stresemann, der nicht, wie Gerüchte schon wissen wollten, zu Anleiheverhandlungen nach Holland gefahren ist, empfing am Bußtag die Führer der dem Kabinett nahestehenden Parteien zu einer Besprechung. Die Teilnehmer gewannen daraus den Eindruck, daß das Kabinett nicht auf eine Mehrheit im Parlament werde rechnen können. Sollte die heutige Sitzung nicht durch neue Zwischenfälle verhindert werden, so ist damit zu rechnen, daß das Schicksal des Kabinetts Stresemann bereits im Laufe des heutigen Abends seiner Klärung zugeführt wird.

Ueber die Nachfolgeschaft verlautet noch nichts Bestimmtes, da die Dispositionen zunächst in der Hand des Reichspräsidenten liegen. Ob er versuchen will, wie behauptet wird, eine Koalition zustande zu bringen, die Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten umfaßt, sei dahingestellt. Aber es scheint uns sicher, daß eine solche Kombination gar nicht auf die Beine zu bringen wäre oder andernfalls in kurzer Zeit scheitern müßte. Auch der dringend notwendige Ausgleich mit Bayern wäre auf diese Weise nicht zu leisten. Wenn weiter behauptet wird, daß der als Kanzlerkandidat für diese kleine Koalition geltende Staatspräsident Dr. Hieber besonderes Vertrauen in Bayern genösse, so ist das nach unserer Kenntnis der Dinge unglaubhaft.

Die einzig mögliche Lösung ist, wie wir bereits gestern im Anschluß an die Rede Dr. Hergts ausführten, eine Regierung aller bürgerlichen Schichten einschließlich der Landwirtschaft. Aus diesen Kreisen werden zwar schon einzelne Kandidaten genannt, wie Wallraff, Jarres, Brauns und Stegerwald, aber ein bestimmter Plan scheint noch nicht vorzuliegen.

Graf Westarp für eine Diktatur.

Schlawe, 21. 11. (T. U.) Auf einem Kreisparteitag der deutschnationalen Volkspartei erklärte Reichstagsabgeordneter Graf Westarp u. a.: Die in den Dreck gefahrene Karre kann heute keine Parteiregierung oder Koalition mehr herausbringen. Das kann nur noch eine Regierung mit diktatorischer Vollmacht. Wie sie zustande kommen wird, darüber hier Näheres zu sagen, muß ich mir versagen. Das aber versichere ich, wir haben das Ziel fest im Auge. Die taktischen Mittel zu unserm Ziel, der Regierung mit diktatorischen Vollmachten zu kommen, auszuwählen, müssen Sei uns überlassen.

*

Die dem Zentrum nahestehenden Windhorst-Bünde hielten gestern im Alten Herrenhaus eine öffentliche Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Als Redner sprachen der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums Dr. Marx und die Minister Dr. Höfle und Hirtsiefer. Bemerkenswert war ein Satz in der Rede des Reichsministers Höfle, worin er sich in scharfer Form gegen eine parlamentarische Verbindung mit den Deutschnationalen zur Uebernahme der Regierungsgewalt im Reiche aussprach.

Norwegische Hilfsaktion für Deutschland.

hem. **Hamburg**, 21. 11. (Eigenbericht.) Nachrichten der letzten Zeit über die katastrophal wachsende Not in Deutschland haben der norwegischen Hilfsaktion neuen Antrieb gegeben. Unter der Führung bekannter Persönlichkeiten hat sich ein norwegisches Zentralkomitee gebildet, dem sich im ganzen Lande zahlreiche Ausschüsse angegliedert haben. Schulen und Vereine eröffnen Basare. Künstlerische Kräfte gaben ein Konzert zugunsten der Kinder deutscher Professoren im größten Saale von Christiania, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die gesamte Presse wirbt in Aufrufen und veranstaltet selbst Sammlungen. Allein „Aftenposten" und „Tidens Tegn" sammelten bisher 28 000 und 23 000 Kronen für die Hilfsaktion. Täglich laufen annähernd 10 000 Kronen ein. Daneben werden Naturalspenden gestiftet. Die erste Sendung überbringt Ellef Ringes, der gestern Christiania verlassen hat.

Verlängerung der Schweizer Einfuhrbeschränkungen.

Basel, 21. 11. (T. U.) Der Schweizer Bundesrat hat die zurzeit geltenden Einfuhrbeschränkungen bis zum 31. März 1925 verlängert.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	21. 11	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Tägl. Geld	4¾ %	4¾ %	Brüssel	—,—	—,—
Berlin	28 Cts. pro Billion	20 Cts. pro Billion	Amsterd.	37,03	37,55
	20 „	18 „	Zürich	—,—	—,—
höchster	—	—	Kopenh.	17,28	17,15
niedrigst.	—	—	Prag	2,92	2,90
London			Rom	—,—	—,—
Kabel fr.	4,28,00	4,32,75	Madrid	—,—	—,—
Lond. 60T.	4,24,75	4,29,75	Silber,		
Paris	5.47	5.34	ausl.	64⅞	63⅞

New York, Produktenmarkt.

	21. 11.	20. 11.		21. 11	20. 11.
Kaffee loco	11,00	11,00	Eisen	20.50	20,50
„ Dezbr.	9,53	9,38	Weissblech	5.50	5,50
„ März	8,47	8,46	Schmalz	14.90	14.90
„ Mai	8.12	8,06	Talg	8¼	8¼
„ Juli	7.99	7 94	Bw. Saatöl l.	11.50	11.70
„ Sept.	7,74	7,69	„ Jan.	11.75	11,71
Baumwolle l.	35,90	35,35	Petroleum Bas.	16,90	16,90
„ Nov.	35 35	34,75	„ Tanks	7.00	7,00
„ Dez	35.45	34,90	„ Stand wh.	14,00	14,00
„ Jan	34,86	34,35	„ Cred. bal.	2.60	2,60
„ März	35,08	34,65	Zucker: Dezbr	5.53	5.47
Zufuhr	37 000	55 000	do März	4 52	4.45
Kupfer el.	13⅛	13⅛	Terpentin	94.00	95.00
Blei	6.92	6,92	„ Sav.	87,50	87,50
Zinn	6.27	6,32	Baumw. N.Orl.	34.75	34,25

	21. 11	20 11		21. 11.	20. 11.
Weizen, rot	119⅞	119⅞	Mehl. Sp.	5,25-5.75	5.25-5.75
Hartw.	117¼	117¼	Getrfr. Engl.	3 sh 3 d	3 sh 3 d
Mais	98¼	99¼	Kontin.	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

		21. 11	20. 11		21. 11.	20. 11.
Weizen	Dez.	102⅞	102¼	Rippen Jan.	9.50	9,42½
„	Mai	108¼	108	Speck niedr	9.25	9,25
Mais	Dez.	73	73⅞	„ höchst.	10.25	10,25
„	Mai	72⅞	72¼	Leichte niedr.	6.70	6.55
Hafer	Dez.	42¼	42⅞	Schwein. höchst	7.20	7,05
„	Mai	44¼	44	Schwere niedr.	7.10	7,00
Roggen	Dez.	68¼	68	Schwein. höchst	7.50	7 30
„	Mai	73⅞	73	Zufuhr Chicago	27 000	44 000
Schmalz	Jan.	11.97½	11.95	Zufuhr Westen	168 000	162 000
„	März	11,82½	11,77½			

Die Säuberung Sachsens.

Zeigner verhaftet.

Ins Leipziger Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Sd. **Dresden**, 21. 11. (Eigenbericht.) Wie ich erfahre, ist auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Leipzig der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner heute in Dresden verhaftet und dem Leipziger Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Daß Verdunkelungsgefahr vorlag, ist ganz zweifellos. Zudem hatte man hier das peinliche Gefühl, daß allerhand Kräfte am Werk waren, den Tatbestand in sehr bedenklicher Weise zu verwirren.

Die Umformung der sächsischen Polizei.

Sd. **Dresden**, 21. 11. (Eigenbericht.) Wie wir vor kurzem meldeten, kündigte der Militärbefehlshaber für Sachsen eine Umstellung der sächsischen Landespolizei auf überparteiliche Grundlage an, um sie wieder zu einem zuverlässigen Staatsinstrument zu machen. Diese Ankündigung wird mit erfreulicher Frische und Sachverständigkeit in die Tat umgesetzt: Soeben ist eine ganze Reihe besonderer Beamter der Landespolizei bis auf weiteres ihres Dienstes enthoben worden. Darunter befindet sich der Polizeipräsident von Dresden, Menke, der Polizeimajor Kmetzsch und der kommunistische Polizeihauptmann Schneidenbach. Ferner sind aus der Landeszentrale der Polizei folgende Oberkommissare ihres Dienstes enthoben worden: Mierisch, Oehmichen und Rudolf, in Chemnitz Regierungsrat und Zivilkommissar Westfälinger, außerdem je ein Zivilkommissar in Plauen, Zwickau, Bautzen und Zittau, drei in Leipzig. Daß die Zivilkommissare eine besonders berüchtigte Tätigkeit ausgeübt haben, haben wir bereits mehrmals gemeldet. Nach Beseitigung dieser Leute dürfte es in der Tat gelingen, aus der sächsischen Landespolizei wieder ein zuverlässiges Instrument zu machen.

Auflösung proletarischer Hundertschaften.

Am Mittwoch mittag gegen 12 Uhr erfuhr die Wilmersdorfer Polizei, daß in der Nähe von Paulsborn im Grunewald proletarische Hundertschaften Uebungen abhielten. Es wurde sofort ein Zug der ersten Wilmersdorfer Bereitschaft der Schutzpolizei dorthin entsandt. Die Beamten, die sich auf Kraftwagen näherten, bemerkten etwa 200 Personen in einem geschlossenen Zug. Begleitende Radfahrer schienen die Teilnehmer gewarnt zu haben: der Zug löste sich plötzlich auf und die Teilnehmer zerstreuten sich nach allen Richtungen. Da sie auf wiederholten Anruf nicht stehen blieben, gab einer der Beamten einen Schreckschuß ab, worauf etwa 8 Personen festgenommen werden konnten. Man fand bei ihnen fünf Schlagringe, eine Sammelliste für den kommunistischen Kampffonds, Flugblätter, Beitrittserklärungen, einen Aufruf der Anarchistengruppe Schöneberg und anderes mehr. Die Festgenommenen sind dringend verdächtig, sich an der Bildung verbotener Hundertschaften beteiligt zu haben, und wurden der Abtlg. I A des Polizeipräsidiums zugeführt.

Der Reichsindex.

Steigerung um 280,3 Proz.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 19. November, auf das 831 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche 218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 Proz.

Der Achtstundentag.

Sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilmachungsverordnung.

Die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. hat folgenden Antrag eingebracht.

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, die Demobilmachungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. Novembr 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dzember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Danziger Wahlen.

Danzig, 21. 11. (T. U.) Gestern ist vom Wahlleiter ein vorläufiges amtliches Ergebnis festgestellt worden, das bei der in einigen Tagen erfolgenden Nachprüfung durch den Wahlausschuß zwar eine Korrektur erfahren kann, sicherlich aber bezüglich der Anzahl der Mandate Anspruch auf endgültigen Charakter haben dürfte. Nach diesem Resultat verteilen sich die Stimmen und Mandate wie folgt: Deutschnationale 44 468 Stimmen (38 Mandate), Vereinigte Sozialisten 32 771 Stimmen (30 Mandate), Zentrum 21 021 Stimmen (17 Mandate), Kommunisten 14 979 Stimmen (11 Mandate), Deutsche Partei 11 117 Stimmen (8 Mandate), Deutschsoziale 10 301 Stimmen (7 Mandate), Deutsch-Danziger Volkspartei 7490 Stimmen (6 Mandate), Polen 7184 Stimmen (5 Mandate), Freie Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter 4772 Stimmen (3 Mandate), Vereinigung der Fischer und Räucherer 1810 Stimmen (1 Mandat), Mieterpartei 1767 Stimmen (1 Mandat), Nationale christlichsoziale Ausgleichspartei 340 (kein Mandat).

Polen und der Danziger Hafen.

Danzig, 21. 11. (T. U.) Nach Artikel 23 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 haben Danzig und Polen ein besonders Abkommen über die Finanzierung des Hafenausschusses abgeschlossen. Polen hat sich auf Antrag Danzigs bereit erklärt, die bereits begonnenen, aber seit Oktober 1922 ruhenden Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die künftigen Verhandlungen werden abwechselnd in Danzig und in Warschau geführt werden und am 24. November in Warschau beginnen.

Der Personalabbau.

In Preußen.

Der Unterausschuß des Ständigen Ausschusses des Preußischen Landtages setzte die Beratungen über die Personalabbauverordnung fort. Eine grundsätzliche Bestimmung, daß 25 v. H. der Beamten abgebaut werden sollen, wurde angenommen. Ob der Grundsatz auch für die Lehrer gelten soll, wurde noch nicht entschieden. Darüber soll erst im Zusammenhang mit den übrigen Vorschriften über das Bildungswesen entschieden werden. Demokratische Anträge, die Angestellten vor den Beamten abzubauen und abgebaute Angestellte auf die Zahl der abzubauenden Beamten anzurechnen, wurden angenommen. Die Altersgrenze wurde auch für Richter auf 65 Jahre festgesetzt. Die Vorschrift, daß verheiratete weibliche Beamte, deren Existenz gesichert ist, gekündigt werden können, wurde mit der Maßgabe angenommen, daß die Kündigungsfrist regelmäßig 3 Monate betragen und die Beamtenvertretung gehört werden soll.

Braunschweigisches Ermächtigungsgesetz.

Braunschweig, 21. 11. (W.T.B.) Um den Beamtenabbau schnell durchführen zu können, hat die braunschweigische Regierung dem Landtage ein Ermächtigungsgesetz zur Beschlußfassung vorgelegt. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen sollen dem Landtag unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden. Auf Verlangen des Landtages sind sie aufzuheben.

Sozialdemokratische Wahlmache.

Die sozialistische Reichstagsfraktion beabsichtigt, folgenden Agitationsantrag einzubringen:

1. Die „Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reiches (Personalabbauverordnung) vom 27. Oktober 1923“ ist sofort aufzuheben. 2. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes betreffend Herabminderung der Ausgaben des Reiches vorzulegen.

Glaubt man, sich durch derartig durchsichtige Manöver bei den Beamten lieb Kind machen zu können?

Die Goldgehälter.

Am Bußtag haben keine Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Reichsarbeiter und Beamten stattgefunden. Diese haben lediglich untereinander beraten und wollen sich heute in einer gemeinsamen Sitzung über ein etwaiges gemeinsames Vorgehen schlüssig werden. Heute werden die Verhandlungen der Regierung mit den Reichsarbeitern fortgeführt werden, morgen die mit den Beamten beginnen.

Im Mittelpunkt aller Verhandlungen steht vorläufig noch die Frage, wann es möglich sein wird, die Goldgehälter und Löhne in voller Höhe wertbeständig zur Auszahlung zu bringen. In bezug auf die Höhe der Goldbezüge betonten die Regierungsvertreter schon am Dienstag, daß in Zukunft das Reich unmöglich über seine Kräfte hinausgehen könne und daß Bewilligungen von Gehältern und Löhnen ohne Deckung unmöglich seien. Die Angebote der Regierung stützten sich auf die Vereinbarungen, die in der Privatindustrie getroffen und von der Arbeiterschaft auch als ausreichend anerkannt worden seien. Würde das Reich über diese Sätze hinausgehen, so würde eine neue Lohnbewegung in allen anderen Industrien die Folge sein und die Inflation müßte so von neuem beginnen. Der Reichsfinanzminister könne unmöglich über die Mittel hinausgehen, die ihm nach Lage der Dinge zur Verfügung stehen.

Bayerisches Notgeld.

gt. **München**, 20. 11. (Eigenbericht.) Unabhängig von den vom Generalstaatskommissariat verfolgten Plänen zur Schaffung eines wertbeständigen bayerischen Notzahlungsmittels wird auf Veranlassung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums in den nächsten Tagen ein bayerisches Notgeld herausgegeben werden, das in erster Linie dem Ankauf von Getreide nutzbar gemacht werden soll.

Das Notgeld der Reichsbahn.

W.T.B. stellt nochmals ausdrücklich fest, daß das von der Deutschen Reichsbahn mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums herausgegebene wertbeständige Geld durch Goldanleihe voll gedeckt ist. Es ist daher ein der Goldanleihe gleichwertiges Zahlungsmittel und wird an allen öffentlichen Kassen des Reiches angenommen. Die Geldscheine bestehen aus gelbem Papier und tragen den Aufdruck: „Wertbeständiger Anteilschein zu den Schatzanweisungen des Deutschen Reiches“ mit der Unterschrift des Reichsverkehrsminister Oeser. Auch das auf Papiermark lautende (nicht wertbeständige) Notgeld der Deutschen Reichsbahn wird nach wie vor an allen öffentlichen Kassen des Reiches zum Nennwert in Zahlung genommen.

Die Rentenmark im altbesetzten Gebiet.

Köln, 20. 11. Zu der Meldung über die Zulassung der Rentenmark im altbesetzten Gebiet (siehe Abendausgabe vom 20. 11.) ist noch zu bemerken, daß die Rheinlandkommission wohl die Rentenmark, nicht aber die Durchführung des Rentenbankgesetzes zugelassen hat, also nicht die Belegung mit Hypotheken.

Nur drei Zeilen.

Wie der „Miesbacher Anzeiger“ erfährt, ist Dietrich Eckardt, einer der einflußreichsten der Führer der Nationalsozialisten, in München verhaftet worden.

•

Der Militärbefehlshaber in Thüringen, Generalleutnant Hasse, hat dem thüringischen Staatsministerium in einer Zuschrift mitgeteilt, daß er die Abhaltung von Geländeübungen jeder Art in geschlossenen Verbänden, das Postenstehen in Ortschaften und außerhalb derselben zwecks Ausübung von irgendwelcher Kontrolle verbiete.

•

Der Bußtag, der in Thüringen als gesetzlicher Feiertag aufgehoben worden ist, wurde von der Bürgerschaft demonstrativ begangen. Die Geschäfte hatten sämtlich geschlossen.

•

Drei Eisenbahnerorganisationen, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, die Gewerkschaft deutscher Reichsbahnbeamten, die Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam zu den Fragen des Beamtenabbaus und der Besoldung Stellung zu nehmen.

•

Der Provinzialausschuß der westfälischen Zentrumspartei faßte in Hamm eine Entschließung, in der er aufs neue der unverbrüchlichen Treue gegen Reich und Land Ausdruck gibt.

•

Eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands sprach sich in Köln scharf gegen jeden Separatismus und gegen Förderung der französischen Pläne durch falsches Entgegenkommen aus.

•

In einer Kundgebung des früheren Kronprinzen Rupprecht an die Pfalz heißt es: Ein freies Deutschland muß unser Ziel sein; undeutsch war der Absolutismus der vergangenen Jahrhunderte, undeutsch ist der Zentralismus, beides kam aus Frankreich.

Die kommunistischen Radaubrüder.

Bitten hilft nichts.

Reichstagspräsident Löbe hat über die Vorgeschichte des Remmeleskandals am Dienstag dem „Vorwärts“ folgende Mitteilungen gemacht:

„Ein Teil der kommunistischen Fraktion hat in den letzten Monaten in steigendem Maße den Versuch gemacht, die ordentlichen Beratungen des Reichstages durch brüllende Zwischenrufe und Schimpfworte zu verhindern. Schon der Reichskanzler Cuno konnte seine letzte Rede unter diesen Unterbrechungen im rohesten Ton kaum beenden; dasselbe Spiel begann bei der ersten Rede des neuen Kanzlers, so daß Dr. Stresemann seine Rede unterbrach und den Präsidenten um Schutz gegen die Beschimpfungen ersuchte. Der Ordnungsruf bot einen solchen Schutz nicht mehr. Er wurde von dem Betroffenen mit Gelächter beantwortet und hätte in einer Sitzung dreißigmal wiederholt werden müssen. Deshalb sind die Kommunisten von dem Präsidenten mindestens viermal vor dem Beginn neuer Tagungen unter vier Augen gebeten worden, dieses Treiben einzustellen, weil sonst der Fortgang der Reichstagsverhandlungen ohne scharfe Eingriffe und Ausweisungen der Ruhestörer nicht mehr gesichert werden konnte. Ungeachtet dieser Bitten, die auch am Tage vor dieser Sitzung dem Führer der Fraktion zweimal unterbreitet wurden, begann der Lärm vor Beginn der Kanzlerrede aufs neue. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß der Präsident seit einigen Monaten zum Schutze des Reichstages vor Ueberrumpelungen und der Regierungsmitglieder vor Gewaltakten einige Polizeibeamte herbeigerufen hat. Die vielfachen Drohungen, die in Zuschriften und auch öffentlich erhoben worden sind, konnten nicht unbeachtet gelassen werden, nachdem im Rathenau-Prozeß bereits durch Zeugenaussagen festgestellt worden ist, daß der erste Attentatsplan gegen den ermordeten Minister im Reichstagsgebäude ausgeführt werden sollte, und nachdem im Laufe dieses Jahres bereits einmal bewaffnete Angehörige rechtsradikaler Organisationen im Hause festgestellt worden waren. Von diesem Sachverhalt hatte der Präsident wenige Minuten vorher dem kommunistischen Abgeordneten Höllein Mitteilung gemacht. Trotzdem beschlossen die Kommunisten, daraus ein Spektakelstück zu machen.“

*

Wie der „Vorwärts“ weiter erfährt, war der Polizeibeamte, an dem die Kommunisten wegen seiner Anwesenheit im Reichstage Anstoß nahmen, von der hiesigen Botschaft der russischen Räterepublik zur sechsjährigen Feier der Errichtung des Sowjetstaates zum Festessen eingeladen, und hat an demselben Tisch mit Herrn Koenen und Herrn Höllein an dem von den Russen gespendeten Festmahl teilgenommen, ohne daß die anwesenden Kommunisten sich damals von dieser Nachbarschaft im geringsten hatten stören lassen.

Der Textilarbeiterstreik in Hamburg.

hem. **Hamburg**, 21. 11. (Eigenbericht.) Bei den letzten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zur Beilegung des Streiks kam ein Schiedsspruch nicht zustande. Die Arbeitgeber erklärten, nicht in der Lage zu sein, einen höheren Stundenlohn als 30 Goldpfennige zahlen zu können. Als letztes Angebot erklärten sie sich jedoch bereit, bei Papiermarkzahlungen 75 % Entwertungszuschlag zu leisten. Die Versammlung der Streikenden hat dieses Angebot abgelehnt und beschlossen, weiter im Streik zu verharren, bis die Forderung eines Stundenlohnes für männliche Arbeiter von 60 Pfg. und für weibliche von 40 Pfg. bewilligt sei.

Lokaltermin in Petzow.

Die Aussagen der drei Verletzten.

Im Petzower Forst, dem Schauplatz der Schießerei zwischen dem jungen Kaehne und den Glindower Arbeitern Körner und Kießler fand am Bußtag ein Lokaltermin statt, an dem der Potsdamer Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Loehming, der Erste Staatsanwalt Gerlach und die Vertreter der Polizei und der Gemeindebehörden teilnahmen.

Vom Forsthaus Kammerode begab man sich zu dem zwei Kilometer entfernten Waldstück am Paddenberg, wo der Zusammenstoß stattgefunden hat. An Ort und Stelle, wo noch ein Teil des dort geschlagenen Nutzholzes lagert, das Kaehne an einen Bauunternehmer in Glindow verkauft hatte und von dem Körner und Kießler einen großen Teil bereits aufgeladen hatten, fand man noch die Spuren des heftigen Kampfes. Die Angehörigen Körners und Kießlers wollten aber von einem solchen Kampf gar nichts gehört haben. Sie gaben zu, daß sie auf zwei Handwagen im ganzen 48 Stück Nutzholz von je zwei Meter Länge geladen hätten, als plötzlich der junge Kaehne mit seinem Hund aufgetaucht sei. Er habe einen Schreckschuß abgegeben und „Halt, Hände hoch“ geschrien. Dann habe er sie bis zum Waldrand getrieben und dort plötzlich, ohne daß man ihn angerührt hätte, zwei Schüsse abgefeuert, die Kießler in den Unterleib und Körner in den Oberschenkel trafen. Im Gegensatz zu diesen Aussagen stand aber der Zustand des Tatortes, der, wie gesagt, Spuren eines heftigen Kampfes aufwies. Vom Walde begaben sich dann die Gerichtsbeamten nach Schloß Petzow, wo der junge Kaehne darniederliegt. Er befindet sich in Schutzhaft. Das Schloß wird von Schutzpolizei bewacht, da man mit Angriffen der Glindower Bevölkerung rechnet. Am Dienstag abend traf im Auftrage der Regierung Medizinalrat Geißler-Potsdam mit einem Krankenauto in Petzow ein, um Kaehne abzuholen, mußte sich aber davon überzeugen, daß der Zustand des Verwundeten zurzeit einen Transport nicht gestattet. Kaehne erklärte, daß er die Holzdiebe aufgefordert habe, das gestohlene Holz nach der Ziegelei Löcknitz zu bringen. Nach längerem Hin und Her wären die Leute auch anscheinend darauf eingegangen. In dem Augenblick aber, in dem er an den Handwagen herangetreten sei, wäre Körner auf ihn zugesprungen und hätte ihn zu Boden gerissen. Im Straßengraben sei es zu einem heftigen Ringen gekommen, in dessen Verlauf Körner mehrfach mit einem stumpfen Gegenstand auf ihn eingeschlagen habe. Mit vieler Mühe habe er, Kaehne, seine Pistole ergriffen und auf den auf ihm liegenden Mann einen Schuß abgegeben. Als sein Angreifer trotzdem nicht abgelassen habe, auch Kießler auf ihn eingeschlagen, habe er auch auf diesen gefeuert. Darauf habe er die Besinnung verloren.

In Glindow hat der Vorfall große Erregung hervorgerufen. Wie übereinstimmend von Augenzeugen bekundet wurde, sind noch am gleichen Abend die Mitglieder der dort gebildeten „proletarischen Hundertschaft“ mit Hornsignalen alarmiert worden. Ein Trupp von 150 Mann zog zur Gendarmeriestation und forderte unter Drohung die Beamten auf, sie nach Petzow zu begleiten und Kaehne herauszuholen. Erst nach längerer Zeit gelang es den Landjägern, die Menge zu beruhigen. Am nächsten Tage erschien in Glindow und Petzow ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei, die dort bis auf weiteres verbleiben soll. Die Polizeibeamten beschlagnahmten bei den Glindower Kommunisten eine Anzahl Gummiknüppel und Totschläger, die aus einer Metallspirale mit Holzgriff und Bleiknopf mit fünf langen Dornen bestehen.

Wucherbekämpfung.

In einer Verfügung des Präsidenten des Landespolizeiamts wird an die Behörden das Ersuchen gerichtet, dem Handel mit Mehl und Backwaren größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und allen Uebervorteilungen der Bevölkerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Den Polizeibehörden wird empfohlen, auf Grund der Gewerbeordnung Polizeiverordnungen zu erlassen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dadurch wird der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, von Preisen und vom Gewicht der Backwaren für bestimmte Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufslokal Kenntnis zu nehmen und bei Zweifeln ein sofortiges Nachwiegen an Ort und Stelle herbeizuführen. Im übrigen ist auf die Mitwirkung der Verbraucher bei der Wucherbekämpfung immer wieder hinzuwirken. Ueberall dort, wo nicht Meldestellen eingerichtet sind, soll dies möglichst bald angestrebt werden. Die Verbraucher können nach Einführung der Goldmarkberechnung den Polizeibehörden besondere Unterstützung leisten, wenn sie die Händler zur Anzeige bringen, die beim Sinken des Dollars mit ihren Preisen nicht sofort entsprechend heruntergehen oder die ihre Goldpreise ändern, ohne daß ein berechtigter Anlaß dazu vorliegt.

Von Felddieben erschlagen.

In der Nacht zum Mittwoch wurde der 22jährige Inspektor Paschke auf dem Gute Lohme bei Bernau durch drei Getreidediebe, die beim Ausplündern einer Getreidemiete angetroffen worden waren, ermordet. Ein Berliner Kriminalbeamter ist sofort nach Bernau geschickt worden. Der Gutsbesitzer hat eine Belohnung von 500 Goldmark auf die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Ein unbekannter Mann wurde in Steglitz an der Ecke Schloß- und Miquelstraße von dem Anhänger eines Straßenbahnzuges überfahren. Er starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Sport.

Fußballkampf Hamburg—Berlin 6:2 (3:2).

Vor etwa 25 000 Zuschauern trafen sich am Bußtag in Hamburg auf dem Viktoria-Sportplatz die repräsentativen Mannschaften von Hamburg und Berlin zum Fußballspiel.

Berlins Mannschaft war in letzter Minute noch geändert worden und ging in folgender Aufstellung in den Kampf: Kuhnt (NNW); Böß (NNW), Theiß (Viktoria); Kleinfeld (Hertha), Tewes (Viktoria), Schumann (Vorwärts); Körfte (Union-SCC), Sobeck (Alemannia), Neumann (Spand. SV), Lehmann (BSV 92), Koch (Union-Potsdam). Das Spiel war durchaus gleichmäßig verteilt. Hamburg ging durch Harder in Führung, doch glich Neumann bald darauf aus und Lehmann konnte weiterhin für Berlin ein Tor vorlegen. Wiederum konnte jedoch Harder gleichziehen und dann Westphal bis zur Pause durch Kopfball Hamburg mit 3:2 die Führung sichern. Wie schon in der ersten Hälfte war auch nach dem Wechsel die Zusammenarbeit Berlins besser und der Ausgleich hing stets in der Luft. Bis zehn Minuten vor Schluß hatten die Berliner durchweg mehr vom Spiel. Durch großen Angriffsgeist gelang es jedoch den Hamburgern, in den letzten zehn Minuten noch drei Tore zu erringen und mit 6:2 einen unverdient hohen Sieg davonzutragen.

Die Berliner Hockey-Verbandsspiele brachten in der Liga ein merkwürdiges Ergebnis, indem der „Berliner Hockey-Club“ über „Brandenburg“ mit 8:5 Toren siegte. „Brandenburg“ fand sich anfangs nicht zusammen, spielte aufgeregt und nicht frisch genug, so daß der Gegner dauernd den Weg frei fand und bis Halbzeit sieben Mal einsenden konnte. Als „Brandenburg“ den ersten Erfolg erzielt hatte, stieg der Mut und Tor auf Tor folgte. — Der „Berliner Sport-Club“ siegte überlegen mit 6:0 (4:0) über den „Tennis-Hockey-Club“. Fr.

Tennisturnier in Barcelona. Die von der Real Sociedat Pompeja veranstalteten Tenniskämpfe haben mit den Endrunden ihren Abschluß gefunden. Der einzige deutsche Sieg war im Gemischten Doppelspiel zu verzeichnen, wo Frau Neppach-Kleinschroth verhältnismäßig leicht mit Frl. Torras-Flaquer 6:2, 6:3 fertig wurden. Das Einzelspiel fiel an den Ungarn v. Kehrling, dem sich Kreuzer glatt mit 6:0, 6:1, 6:0 beugen mußte. Einen zweiten Erfolg konnte v. Kehrling im Herrendoppelspiel buchen, wo er mit Rohrer als Partner über Gomar-Flaquer 6:2, 6:3, 3:6, 7:5 triumphierte.

Kunstturner-Städtekampf Berlin—Leipzig—Hamburg.

Der traditionelle Kunstturner-Städtekampf zwischen den Besten aus Hamburg, Berlin und Leipzig gelangte am Bußtag in Hamburg im dortigen Zirkus-Busch-Gebäude zur Entscheidung. Die Arena war bis auf den letzten Platz gefüllt und die zahlreichen Zuschauer bekamen hervorragende Leistungen zu sehen, denn die siegreiche Hamburger Mannschaft konnte mit 2450 Punkten einen neuen Rekord aufstellen. Die beste Punktzahl hatte bisher Leipzig aufzuweisen mit 2407 von insgesamt 3880 erreichbaren Punkten. Leipzig belegte den zweiten Platz mit 2407 von insgesamt 2880 erreichbaren Punkten.

Deutscher Boxersieg in Göteborg. In Göteborg fanden dieser Tage internationale Amateurboxkämpfe um den Carpentier-Pokal statt. Deutscherseits beteiligte sich der deutsche Fliegengewichtsmeister Harry Stein (Heros 03-Berlin), der in seiner Klasse einen überlegenen Sieg davontrug. Die gesamte nordische Presse urteilt über Stein in lobendster Weise und stellt fest, daß er ein Boxer hoher Klasse ist.

Trabrennen zu Mariendorf.

Preis von Schöneberg: 1. P. Gronau's Federnelke (Schmidt), 2. Jason, 3. Batschari; Tot.: 30; Pl.: 15, 28, 42; F.: Good Boy, Viverberg, Genari, Jimiene, Johannesfeuer, Else B., Ypsilanti, ¾ bis 1½ Lg. — Preis von Friedenau: 1. H. Nagel's Wainsca (Nopowski), 2. Allen, 3. Quantität; Tot.: 17; Pl.: 11, 12; F.: Weinstock, Torrero, Per alta; ½—2 Lg. — Preis von Steglitz: 1. Stall Südende's Carneval (Paul), 2. Schlips, 3. Baron Axworthy; Tot.: 186, Pl.: 32, 23, 15; F.: Jeffries, Fred Wilkes jr., Prinzeß Fortuna, Flieger, Kronprinz, Prinzeß Magowan, Mädel, Pute, Adler, Heiderose B.; ¾—¾ Lg. — Preis von Zehlendorf: 1. H. Neumann's Gawein (Weidner jr.), 2. Seewind, 3. Matador; Tot.: 15; Pl.: 12, 14, 21; F.: Harry W., Taifun I., Clematis blau, Teufelsbart; ½—2 Lg. — Großer Herbst-Ausgleich: 1. Stall Angerhof's Brown (Steeger), 2. Hartstein, 3. Monarchist; Tot.: 45; Pl.: 16, 14, 14; F.: Eilzug, Paul B., Gassenmädel, Jung Bergfried, Die Beste; ½—¾ Lg. — Preis von Schlachtensee: 1. Gest. Bindow's Homer (Großmann), 2. Hetman, 3. Florian; Tot.: 26; Pl.: 12, 12, 12; F.: Imperialist, Cadiac Axworthy, Krassus, Korona, Mac Kinney, Ocean Girl; 3—2 Lg. — Preis von Wannsee: 1. Stall Helenenhof's Ballonkönigin (Triphan), 2. Margot, 3. Della; Tot.: 25; Pl.: 11, 13, 17; F.: Quelle W., Lump, Lady Petaurist, Vesuv (3. disqu. 80 % Platzw. zur.); Hals—1 Lg. — Preis von Nowawes: 1. Stall Masuren's Miß Gregor (Treuherz), 2. Ima Guy, 3. Falter; Tot.: 34; Pl.: 16, 19, 75; F.: Bergschwalbe, Dr. Lew, Charlotte S., Maikönigin I., Erich I., Blaumeise, Lumpi, Hoffnung II., Bella Dawson, Flora Bingen, Ludmill I., Koronna, Josef, Agi, Le petit Lulu; 1—2 Lg. — Preis von Babelsberg: 1. Gest. Seehof's Nebel (Steinnagel), 2. Elschen, 3. Kusertrud; Tot.: 29; Pl.: 14, 14, 24; F.: Amorette, Angriff, Ackelei B., Verdun; 4 Lg.

Kartellverordnung in Kraft.

Am 20. November 1923 ist die Verordnung gegen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 in Kraft getreten.

Seitdem mit gesetzlichen Massnahmen gegen die Auswüchse des Kartellwesens gerechnet werden konnte, hat bereits eine Reihe von Verbänden ihre Zahlungsbedingungen den Bedürfnissen der Verbraucher anzupassen gesucht. Bei einigen Verbänden bedurfte es jedoch behördlicher Anregungen, um sie zu einer Erleichterung ihrer Bedingungen zu veranlassen. Diesem Eingreifen der Behörden wurde im Hinblick auf die nunmehr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Machtmittel schneller und sachlich weitgehender als bisher entsprochen. So hat bereits die Kartellverordnung vor ihrem Inkrafttreten im günstigen Sinne auf die Verbandsbedingungen und damit auf den allgemeinen Warenumlauf und die Preisgestaltung gewirkt. Die Fälle, in denen bisher nur ungenügende Erleichterungen vorgenommen und unbillige Bedingungen aufrecht erhalten worden sind, werden in Kürze das Kartellgericht beschäftigen. Das Kartellgericht ist inzwischen beim Reichswirtschaftsgericht eingesetzt.

Den Vorsitz führt der Geh. Oberregierungsrat Dr. Georg Lukas, Präsident des Reichswirtschaftsgerichts, dessen Stellvertreter der Geh. Justizrat Dr. Schwering und der Landgerichtsdirektor a. D. Hermann Rietze sind.

Südd. Lederwerke A.-G. in St. Ingbert. Die Generalversammlung beschloss die Ausschüttung einer Dividende von 5 Fr. Zugestimmt wurde auch einer Kapitalsumwandlung auf folgender Basis: Die bisherigen 2000 Stück Stammaktien zu 1000 M. werden umgetauscht gegen 1500 neue Stammaktien zu 500 Fr. Weiter wurde die Auffüllung des Aktienkapitals um 1500 Stück voll einzuzahlende Stammaktien zu 500 Fr. beschlossen. Diese werden von einem Konsortium übernommen, welches einen Teil den bisherigen Aktionären zum Bezuge anbietet. Die bisherigen 200 Stück Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht zu 1000 M. werden umgewandelt in 200 Stück Vorzugsaktien mit 15 fachem Stimmrecht zu 125 Fr.

Miag-Konzern. Der Generalversammlung der dem Miag-Konzern angeschlossenen Gesellschaften, nämlich der Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke u. Konegen A.-G., Braunschweig, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Luther A.-G. in Braunschweig, Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik (vorm. Gebr. Seck), Dresden, Greffonius A.-G. in Frankf. a. M. und Kapler Maschinenfabrik A.-G. wird eine Dividende von 300 % (wie i. V.) vorgeschlagen, die auf Dollarbasis vom 1. Juli d. J. wertbeständig angelegt ist und nach dem Stande vom 23. November ausgezahlt wird.

Georg Liebermann Nachf. A.-G. in Falkenau bei Chemnitz. Der Aufsichtsrat schlägt bei reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 300 % (i. V. 30 %) für die Stammaktien, 150 % für die Vorzugsaktien und 3000 M. für jeden Genussschein vor.

Böhm, Caminer u. Co. A.-G., Berlin. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals von 60 000 000 M. auf 80 000 000 M. Die neugeschaffenen Aktien wurden unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zwecks Förderung des Auslandsgeschäftes der Gesellschaft einer kapitalkräftigen österreichischen Industrie- und Banken-Gruppe übertragen.

Steigende Eisenerzproduktion in Kongresspolen. Die Produktion von Eisenerz in Kongresspolen betrug in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 301 125 To. gegen 228 932 To. im Jahre 1922 und 173 309 To. im Jahre 1921.

Wien.	21. 11.	20. 11.	Noten:	21. 11.	20. 11.
Amsterdam	26650,00	26650,00	Mark	9,00*)	11,50*)
Berlin	9,50*)	11,00*	Lire	3035,00	3010,00
Kopenhagen	12130,00	12150,00	Jugoslaw	787,00	787,00
London	306700	305800	Tschech.	2034,00	2034,00
Paris	3817,00	3817,00	Polen	2,50	2,60
Zürich	12325,00	12325,00	Dollar	70560,00	70560,00
			Ungarische	2,10	2,05
			Schweden	18260,00	18260,00

*) für eine Milliarde.

Prag	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Amsterdam	1307,00	1303,00	New York	34,80	34,80
Berlin	6½ p. Bill.	12½ p. Bill.	Wien	4,68	4,91
Christiania	507,00	5,07	Marknoten	7 p. Billion	12
Kopenhagen	596,00	593,50	Polennoten	16	1 p. 1 Bill.
Stockholm	915,00	917,00	Paris	187½	186,00
Zürich	605,00	605,00	Italien	150,00	152,00
London	152,00	151,50			

		21. 11.	20. 11.
Kopenhagen:	Hamburg	— p. Milliar.	— p. Milliar.
Stockholm:	Berlin	1,00 p. Billion	1,00 p. Billion
Christiania:	Hamburg	— p. Milliar.	— p. Milliar.

Alexandrien, 20. November.

	20. 11.	19. 11.
Sakellaridis, November	46,40	44,05
Ashmouni, Dezember	42,75	40,85
Sakellaridis, Januar	47,00	44,15
Ashmouni, Februar	42,60	40,40
Sakellaridis, März	47,15	44,40

Londoner Metallmarkt. 20. Nov. (Schluss-Notierungen.) Kupfer per Kasse 61 (61¼), do. 3 Monate 61¾ (62), do. Elektrolytic 67—68 (68 bis 68½), do. Bestselected 64½—66 (65—66½), do. Strongsheets 95/0 (95/0). Zinn per Kasse 221¾ (220¼), do. 3 Monate 221¾ (220¼). Blei nahe Sichten 30¾ (30¾), do. entfernte Sichten 28¾ (28¾), Zink nahe Sichten 32¾ (32¾), do. entf. Sichten 32⁷/₁₆ (32¾). Aluminium für Inland 115 (115), do. für Ausland 120 (120). Antimon Regulus 42—42½ (42—42½). Weissblech loco 23/3 (23/3), Quecksilber 10 (10), Nickel für Inland 135 (135), do. für Ausfuhr 135 (135), Wolfram-Erz 12½ (12½), Platin 580 (580), Silber 33¾ (33¾), do. auf Lieferung 32¾ (33¼), Gold 95/4 (96/11).

New Orleans, 20. November.

	20. 11.	19. 11.		20. 11.	19. 11.
1000	34,25	34,00	per März	34,47	34,37
per Dezbr.	34,20	34,04	„ Mai	34,9	34,31
„ Januar	34,26	34,17	„ Juli	34,89	33,82

Wie angenehm empfinden fehlsichtige Augen den Wechsel, wenn sie von der Fessel gewöhnlicher Augengläser befreit durch Zeiss Punktalgläser blicken. Ein großes Sehfeld mit gleichmäßig scharfen Netzhautbildern in jeder Blickrichtung – die wiedererlangte volle Bewegungsfreiheit der Augen beim Umherblicken – man ist sich kaum mehr bewußt, daß man noch Augengläser trägt.

Zeiss

Punktal-Gläser für Brillen und Klemmer

Jedes Glas trägt das Schutzzeichen . Lassen Sie es sich auf den Gläsern nachweisen. Niederlagen überall bei den durch dieses Zeichen kenntlich gemachten Optikern. Druckschrift „Puntal 185“ und jede Auskunft kostenfrei von

CARL ZEISS JENA

Theater-Spielplan

22. November.

Theater	Beginn	Stück
Opernhaus.	(241.) 7	Die Zauberflöte.
Schauspielhaus.	(27.) 7½	Fiesco.
Schiller-Theater.	7½	Lumpazi-Vagabundus.
Deutsches Theater.	8	Tänze und Pantomimen: Elisabeth Grube - Hasso Holm
Kammerspiele.	8	Die Kinder.
Lessing-Theater.	7½	Rausch.
Gr. Schauspielhaus.	7½	Der Zigeunerbaron.
Deutsch. Künstler-Th.	8	Tobbke.
Th. i. d. Königgrätzerstr.	8	Don Gil von den grünen Hosen.
Berliner Theater.	7½	Dolly.
Kurfürstendamm-Th.	7½	Das Prinzip.
Schlosspark-Theater. Kleines Haus.	8	Alt-Heidelberg.
Tribüne.	7½	Fannys erstes Stück.
Volksbühne.	7½	Figaros Hochzeit.
Neues Volkstheater.	7½	Der Zeitvertreib des Friedericus Rex.
Central-Theater.	8	Der Revisor.
Deutsches Opernhaus	7	Mignon.
Gr. Volksoper. (Theater d. Westens)	7	Walküre.
Komödienhaus.	7½	Mein Vetter Eduard.
Lustspielhaus.	8	Nebeneinander, Volksstück 1923.
Metropol-Theater.	7½	Casinogirls.
Neues Operettenth.	7½	Die Siegerin.
Neues Theater am Zoo.	7½	Die Luxusfrau.
Thalia-Theater.	7½	Die Scheidungsreise.
Th. Kommandantenst.	7½	Charlie.
Wallner-Theater.	8	Cania Kaiser.
Residenz-Theater.	8	Galeotto.
Trianon-Theater.	8	Joujou.
Kleines Theater.	8	Eine galante Nacht.
Renaissance-Theater.	8	Studentenliebe (Die Tage des Lebens).
Schauspieler-Th.	7½	Titus und der Talisman — Sonkin und der Haupttreffer.

Circus Busch

Donnerstag, den 22. November, abends 7½ Uhr: Erstaufführung:

Eine Sage aus dem Wasgenwald

5 Akte von Paula Busch

Regie: Adolf Steinmann

Ritter Blaubart

Hauptgestalten: Amanda Lindner, ehem. Hofschauspielerin, Henry Pieß: Ritter Blaubart.
1. Eine Gespensternacht in Blaubarts Schlafzimmer. — 2. Die Hochzeit. Das Spiel v. Ritter u. dem Fräulein. Tanzeinlagen. 3. Auf Blaubarts Burg. — 4. Die Totenkammer. Der Totentanz. — 5. Die Sühne. Der Hexensabbat. Höllenspuk. Riesensturmwellen zerstören die Schreckensburg.

Gewaltige Wassereffekte! Vorher: Meister Hanussen und sein Medium Martha Farra. Okkultismus oder rohe Kraft? sowie das übrige große Circus-Programm.

Bühnen im Reich.

Eigene Berichte.

„Der Prophet von Lochau“.

Köln, im November.

Die Freie Volksbühne, die im Metropol-Theater unter der künstlerischen Leitung von Franz Goebels ihre Zelte aufgeschlagen hat, hob dieser Tage das neueste Werk des jungen rheinischen Dichters Otto Brües: „Der Prophet von Lochau“ für Köln aus der Taufe. Nachdem das fünfaktige Schauspiel vor Monatsfrist in Krefeld, der Heimat des Verfassers, mitten in den Wirren der Sonderbündlerbewegung seine Uraufführung erfahren und stürmischen Beifall geweckt hatte, durfte man begierig sein, wie es in der Hauptstadt des Rheinlandes, wo der Dichter heute ansässig ist, einschlagen würde. Otto Brües ist einer unserer hoffnungsvollsten jüngeren Dramatiker. Erst 26jährig, hat er doch bis jetzt schon vielversprechende Anfänge geleistet. So vor drei Jahren mit seinem im Kurland spielenden Schauspiel „Heilandsflur“, das in dramatisch eindringlicher Form den tragischen Kampf der deutschen Baltikumtruppen um eine neue Heimat schilderte; mit packend einprägsamen Gestalten vom haltlosgewordenen, im Schützengraben entseelten einfachen Soldaten an bis zum Feldprediger der Heilandsflur, dem an der kommunistisch verseuchten, zuchtlos gewordenen Kriegerschar Glaube, Hoffnung, Liebe, Gott und der eigne heilige Geist zerbricht, und zu der glänzend umrissenen Gestalt des Hauptketzers hin, der als Thersites im feldgrauen Rock als Sinnbild der aus den Fugen geratenen Zeit treffsicher geformt war.

Sinnbild der Zeit auf geschichtlichem Hintergrund war dann das zweite dramatische Werk, „Die Füchse Gottes“, das zu Anfang dieses Jahres im Rheinland lebhafteste Beachtung weckte: die Rettung des Straßburger Münsters in den Stürmen der französischen Revolution vor der Zerstörung durch die Schreckensmänner durch eine aus Blech geschmiedete Riesenjakobinermütze, die der Dombaumeister Michael Hermann als Fuchs Gottes dem Münster aufstülpt. Bei einzelnen schlagkräftigen Szenen zeigte dieses Werk leider nicht die dramatisch geschlossene Form des Erstlings.

Auch im „Propheten von Lochau“ benutzt Brües jetzt wieder mit Geschick die Schaubühne als moralische Anstalt: den Hintergrund gibt die gewaltige Figur Luthers ab; die Umkehr eines Phantasten zur Wirklichkeit, die Einkehr eines sich selbst und darum die anderen betrügenden frommen Schwärmers zur werteschaffenden Arbeit bildet den Inhalt. Denn der aus dem alten Studentenliede bekannte Pfarrer Hyronimus Stiefel („Stiefel muß sterben und ist noch so jung, jung, jung“) ist sein Held; mit seiner aus den „Zahlen“ im Buche Daniel und der Offenbarung ergrübelten Prophezeiung vom Weltuntergang am 18. Oktober 1533 zerrüttet er sich, sein Haus und seine Gemeinde, um dann, enttäuscht vom Ausbleiben des göttlichen Gerichtes, in Waldeinsamkeit sich wiederzufinden und als geläuterter Heimgekehrter nun der rechte Hirt seiner Gemeinde zu werden. Das Stück ist dramatisch straff, aber ungleich gearbeitet: die Führung der Handlung bis zu dem packend eindrucksvollen dritten Akt in der Kirche, wo die Gemeinde die Stunde des Weltuntergangs erwartet, ist glänzend; mißlungen freilich und restlos mißlungen ist der vierte, der Umkehrakt, in dem die Läuterung des Propheten glaubhaft nicht geglückt ist. Die dramatische Gestaltung versandet hier in mattönenden großen Worten. Auch der opernhafte Schluß des Ganzen: die Taufe des dem Pfarrer zur Zeit seines Weltuntergangs geborenen Knäbleins unter allerhand ergrübelten, sinnbildlich aufzufassenden Gedankensprüngen, ist dem Wert und der Wirkung des Schauspiels abträglich. Anerkennenswert ist das hohe Ethos des Dichters, der beweisen will, daß „die Narren, die die Welt untergehen lassen, doch besser sind als die Weisen, die nie am Bestand rütteln“; ferner zu loben sein Drang zu dramatisch geschlossener Gestaltung, die Wucht und das Geschick, womit er das nicht leichte Problem anfaßt und zu bewältigen versucht. Alles in allem wieder eine Verheißung, aber keine Erfüllung.

Leider wurde selbst das Gute des Stückes von der unzulänglichen Darstellung totgeschlagen. Die Spielleitung von Dr. Carl Nießen hatte geradezu groteske Bühnenbilder aufgestellt: die Pfarrstube mit den jede ungezwungene Bewegung hindernden Treppenstufen war ebenso ein Fehlgriff, wie der Aufbau der Kirchenszene, die kaum erkennen ließ, daß ein Gotteshaus als Handlungsort gedacht war. Die „Stileinrichtung“ des Thüringer Waldes im vierten Akte war vollends, auch beleuchtungstechnisch, so mißglückt, daß man glauben konnte, die Auftritte spielten in einem Gefängnis. Franz Goebels, sonst ein Darsteller von glückhaftem Griff, überschrie sich als Pfarrer Stiefel vom ersten Augenblick an derart, daß eine Steigerung seiner Ausdruckskraft unmöglich wurde. Verhältnismäßig gut fand sich Marta Urland mit der etwas blutleeren Rolle der Pfarrersfrau ab. Anerkennenswert ist aus der großen Schauspielerschar lediglich Alice Preuß zu nennen, die ihre wenigen Worte mit tiefer Innigkeit sprach bzw. sang. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Werk auf einer großen Bühne bei vollendeter Darbietung trotz seiner Mängel den rauschenden Beifall erzielt, von dem man nach der Krefelder Uraufführung lesen konnte. Die Gemeinde des Dichters bereitete ihm trotzdem einen lebhaft ermunternden Beifall; der Lorbeerkranz allerdings war nicht angebracht. Wie.

Kaltnecker und Sternheim.

Hamburg, im November.

Kann noch eine Unterhaltung, ein Brief, ein Aufsatz beginnen ohne das Thema „Die Not der Zeit“? Ein Brief, der von künstlerischen Dingen handelt, kann es jedenfalls nicht. Für die Kunst hat die Not zur Folge gehabt, daß Anno 1923 bis in den November hinein von keinen Ruhmestaten der Hamburger Bühnen zu berichten war. Aller literarischer Ehrgeiz des Dichters geht beim Studium des Kassenrapports zum Teufel. Ein zeitgenössischer Schriftsteller hat vom „Flötenkonzert der Vernunft“ gesprochen. Sollte damit der Chorus der Theaterleiter gemeint sein? In diesem Falle wäre zu bemerken, daß dieses Konzert hier in volltönendem Unisono stattfindet bis auf die eigenwillige, spröde Melodie, die wir der Persönlichkeit Erich Ziegels verdanken. Es ist bezeichnend, daß man von der Berufung dieses Mannes nach Berlin und seiner Ablehnung in Hamburg keinerlei Notiz genommen hat. Undank ist der Welt Lohn. Es ist jedenfalls in unseren Mauern seit Menschengedenken nie so zielbewußt im Spielplan, so konsequent in der Schulung der darstellerischen Kräfte Theater gemacht worden. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Leistungen Ziegels immer meinen Ansichten von den Aufgaben der Schaubühne in unserer Zeit entsprächen, auch nicht, daß der größte Teil der Aufführungen konform ginge mit dem eigenen Ideal einer Bühnengestaltung. Aber das ist unwesentlich der Tatsache gegenüber, daß ein ausgesprochener Führerwille und eine starke Menschlichkeit unbekümmert den Gesetzen seines Künstlertums nachlebt.

Trotz des Kassenrapport-Gespenstes wurden zwei in mancherlei Hinsicht nicht ungefährliche Uraufführungen gewagt. Hans Kaltneker hat mit dem Musiker Rudi Stephan ein gemeinsames Schicksal. Kriegsnot hat sie aus der Ueberfülle ihrer Jugendträume von der Erde genommen. Was zurückblieb, ist hier wie dort eine Verheißung und die grausame Schicksalsfrage des „Warum gerade diese? Kaltnekers Drama „Die Schwester“ behandelt das heikle Problem der lesbischen Liebe. Es muß betont werden, daß nicht einmal der Gedanke aufkam, daß diese Schöpfung getrieben sei vom kranken Sexus unserer Zeit, wie etwa bei Hans Henny Jahnn, sondern daß dieser junge Dichter seinen Frauengestalten gegenüber die ferne, weltweise Kühle derer behielt, die wissen, daß an aller wirklich großen Schöpfung des Lebens Realität nur untergründig vorbeiziehen darf. Schön und schmerzlich ist es zu sagen, daß dieser junge Mensch Dinge in der rhythmischen und bildlichen Kühnheit des hyperionischen Hölderlins zu sagen wußte.

Der zweite Uraufführungsabend war dem Sternheimschen Drama „Das Fossil“ gewidmet. Wir kennen Sternheims Komödienstil und seine grotesken Bürgertypen. Die Bekenntnisse dieses Schriftstellers ließen sich hören, solange sie in der Sphäre des Lustspiels vernehmbar wurden, im Rahmen der Tragödie wirken sie verletzend. Sternheimsche Kälte wurde noch nie so erschreckend offenbar, wie an diesem verlorenen Abend. Es hieß aber das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man nicht seiner Dialektik nachsagte, daß sie eminent klug sei und daß das Szenengerüst und der agierenden Typen von sicherster, knappster Zeichnung wären. Die Aufführung war auch hier sorgsam vorbereitet und nicht uninteressant. Daß Erich Ziegel vor der Premiere bekanntmachen ließ, daß das Werk im Sinne des Aufrufes des Reichspräsidenten, inneren Zwist zu verhüten, nur einmal dem Premierenpublikum vorgeführt werde, soll anerkannt werden als ein Akt des Verantwortungsgefühls und der sozialpolitischen Disziplin, von der die Parteigötzen reden, ohne sich um sie zu kümmern.

H. E. Mutzenbecher.

Haensels „Menschen ohne Tragödie“.

Heidelberg, im November.

Steinhöbler, Industriekapitän, wenn auch von der Bettenbranche, erlebt es, daß seine junge Gattin mit seinem Holzbildhauer Kamireck die Freiheit sucht. Das Gewitter einer Tragödie zieht auf. Aber in der Atmosphäre der Steinhöblerwelt zünden keine Blitze. Steinhöbler ereilt die Flüchtlinge, aber er schießt nicht, sondern zwingt sie, sich ihm gegenüber zu setzen. Er handelt nicht, er verhandelt. Und dann rupft er ihnen die Schwingen aus, Feder auf Feder, bis sie wieder heimkehren in Fabrik und Villa, um dort Arbeitskraft und Zierstück zu sein. Nebenbei fängt sich Steinhöbler noch den Professor Struck ein, den genialen Architekten, der bisher das Bett für den Beginn menschlicher Entartung erklärte, weil der Mensch beim Schlafen auf den Boden gehöre, in unmittelbaren Kontakt mit der Erde. Aber nun wird er wie Kamireck und die anderen für Steinhöblers Geld Bettpfosten entwerfen. Nur die Tänzerin Fedora, die mit 14 Jahren den jungen Steinhöbler liebte, und vielleicht die einzige menschliche Beziehung seines Lebens war, entgeht seinen Netzen. „Du hast weder Geld, noch Laune und Verstand genug, mir meine Freiheit abzukaufen.“ Als die Glöckchen ihres Schlittens langsam verhallen, bricht etwas in ihm ein: „Frei hat sie gesagt, was ist das: frei?“ Aber die neugierigen Gesichter seiner Prokuristen reißen ihn in seine Kreise zurück. „An die Arbeit, meine Herren! Was auch geschehen mag: Steinhöbler wird keine tragische Peripathie erleben und niemals dem Tragödiendichter Löwenfeld Stoff geben, der sich nur durch seine Ehe mit der Gebirgswirtin Resi vor dem Verhungern schützt.

Die Aufführung dieses neuen Dramas von Carl Haensel im Heidelberger Stadttheater unter der Spielleitung Paul Helwigs zeichnete sich durch farbige Bilder und Tempo aus. Manchmal fast zuviel Tempo; denn Kolosse wie Steinhöbler bewegen sich langsam.

Das Publikum ging mit: es spendete reichlich Beifall und Blumen. Aeußerlich war es für den Autor ein schöner Erfolg. Darüber hinaus das unschätzbare Geschenk, die eigenen Gestalten von der Bühne herab zu sehen. Die Goldetats der Berliner Bühnen machen dies leider immer schwieriger. Die Entdeckung des Neuen wird Aufgabe der wenigen noch finanziell gesicherten Provinztheater.

Dr. Albert Leser.

Jacinto Oktavio Picon, der Bibliothekar der spanischen Akademie, ist in Madrid gestorben. Picon war Romanschriftsteller, dessen Werke in verschiedene Sprachen, unter anderen auch ins Deutsche übersetzt worden sind.

Hochschulnachrichten. Das wissenschaftliche Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem Prof. Dr. Herbert Freundlich ist zum Honorarprofessor an der Berliner Univ. ernannt worden.

Kurze Meldungen.

In der Nähe des Forsthauses Schweinebrück bei Cladow in Pommern wurde der Förster Hermann Schulz von Wilddieben erschossen. Zwei Verdächtige wurden verhaftet.

•

Bei Swinemünde kenterte im Sturm ein Fischerboot. Die Fischer August Held und Gustav Schulz ertranken.

•

Bei einer Devisenrazzia im Café Habsburg in Nürnberg wurden 50 Personen erhebliche ausländische Zahlungsmittel und Edelmetall abgenommen.

•

Die Bezirksbauernkammer Tölz in Oberbayern hat für das Münchener Hilfswerk zwei Zentner Butter geliefert.

•

Das Pariser „Journal“ meldet aus Athen, daß der Kanal von Korinth infolge eines Erdrutsches wahrscheinlich für die Dauer eines Monats gesperrt sein wird.

Gastwirtsstreik in Beuthen.

Aus Beuthen O.-S. wird drahtlich gemeldet: Ein Streik aller im Gastwirtsgewerbe tätigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat zum Protest gegen die vom Magistrat Beuthen beabsichtigte Einführung einer Getränkesteuer begonnen. Sämtliche Cafés und Schankstätten schlossen. Abends fand eine stark besuchte Protestversammlung statt, in der eine Entschließung gefaßt wurde, die gegen die geplante Getränkesteuer protestiert.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon; für den Volkswirtschaftl. Teil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt.: W. Murrle; Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Dumont & Co.; Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A. G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32.